

Infodienst

Nachrichten aus Feuerwehr, Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst und Krisenmanagement

Nummer 8 Jahrgang 2017

9. Mai 2017

Landesempfang für ehrenamtliche Helferinnen und Helfer im Bevölkerungsschutz

(ID) Innenminister Thomas Strobl hat am 6. Mai 2017 im Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration in Stuttgart ehrenamtliche Helferinnen und Helfer im Bevölkerungsschutz empfangen, um ihnen für ihr Engagement und ihre große Bereitschaft, gesellschaftliche Verantwortung für unser Land zu übernehmen, zu danken.

„Es ist mir eine große Ehre und eine besondere Freude, mich heute mit diesem Empfang im Namen der Landesregierung bei den Hilfsorganisationen, der Feuerwehr, dem THW, der Notfallseelsorge und den Reservisten für ihr ehrenamtliches Engagement zu bedanken. Sie zeigen mit ihrem Engagement eine große Bereitschaft, gesellschaftliche Verantwortung für unser Land zu übernehmen“, sagte der stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl.

Der Empfang für rund 400 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer stand unter dem Motto „Helfen in nah und fern“. Damit stand das außergewöhnliche Engagement der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer – vom Einsatz vor Ort bis hin zum weltweiten Einsatz für in Not geratene Menschen im Mittelpunkt. Beispielhaft präsentierte der Landesleiter Bergrettungsdienst der

Bergwacht Schwarzwald, David Hierholzer, besondere Aspekte der Rettung im Gebirge, und Stefanie Wehner vom Ortsverband Stuttgart des Technischen Hilfswerks berichtete über ihre Erfahrungen im Auslandseinsatz, der sie zuletzt bis nach Kolumbien geführt hat.

Das Know-how, das sich Helferinnen und Helfer in Baden-Württemberg erwerben, ist nicht nur im Land selbst, sondern auch über die Grenzen hinaus gefragt und kann die Situation für Menschen in Not auch in den entfernsten Gegenden der Welt verbessern.

Die Hilfsorganisationen, die Feuerwehren und das THW leisten aber nicht nur Hilfe, sondern auch einen unverzichtbaren Beitrag zur Jugendarbeit. Sie geben ihr Wissen und ihre Erfahrung von Generation zu Generation als wichtiges Vermächtnis weiter – ein Generationenvertrag der besonderen Art. Gute Jugendarbeit ist für die Sicherheitsarchitektur in unserem Land sehr wichtig und trägt dazu bei, dass junge Menschen durch Hilfsbereitschaft und Einsatz sinnstiftende Erfahrungen machen, die ihnen Entwicklungsperspektiven eröffnen.

In seinem für die Hilfsorganisationen gesprochenen Grußwort betonte auch der Landesbeauftragte des Malteser



Innenminister Thomas Strobl und der Landesbeauftragte des Malteser Hilfsdienstes Edmund Baur (Foto: KD BUSCH)

Hilfsdienstes Edmund Baur die besondere Bedeutung des Ehrenamtes für ein gut funktionierendes Notfallvorsorgesystem und bedankte sich stellvertretend für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die Einladung.

Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung vom Blechbläserquintett des Musikzugs der Freiwilligen Feuerwehr Stuttgart, Abteilung Wangen.

„Unser Land braucht Menschen, die sich dem Ehrenamt verschreiben und sich motiviert engagieren. Mein Dank gilt den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die viele Stunden ihrer Freizeit für Ausbildung, Übungen und Einsätze investieren, um Menschen in schwierigen und lebensbedrohlichen Situationen zu helfen. Sie verdienen von uns allen Anerkennung und größten Respekt“, betonte abschließend Innenminister Strobl.

Impressum

Herausgeber:

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
Abt. 6 – Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement
Willy-Brandt-Straße 41, 70173 Stuttgart
Tel.: (0711) 231 - 4
E-Mail: poststelle@im.bwl.de

Redaktion:

Hermann Schröder (v.i.S.d.P.)
Michael Willms, Sabine Fohler, Rüdiger Felber

Layout / Gestaltung:

Rüdiger Felber

Quellen:

Bei Bildern ohne Quellenangabe liegt das Copyright beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration. Für externe Quellenangaben kann keine Verantwortung und Haftung übernommen werden.



Herausgeber: Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration - Abteilung 6 - Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement

Jahresempfang des DRK-Landesverbands Baden-Württemberg

Staatssekretär Martin Jäger: „Das Deutsche Rote Kreuz hat einen festen Platz in der Sozial- und Sicherheitsarchitektur unseres Landes“

(ID) Beim Jahresempfang des DRK-Landesverbands Baden-Württemberg am 4. Mai in Bad Cannstatt dankte Staatssekretär Martin Jäger allen Haupt- und Ehrenamtlichen für ihr hohes und selbstloses Engagement.

In seinem Grußwort ging Jäger auf die aktuelle Sicherheitslage ein und stellte fest, dass trotz annähernder Vollbeschäftigung, einer florierenden Wirtschaft und einer hohen sozialen Absicherung bei vielen Menschen eine tiefe Verunsicherung herrsche. Angst-einflößende Botschaften von Destabilisierung, Cyberattacken und von internationalem Terrorismus würden uns ständig in Atem halten.

In diesem Spannungsfeld werde eine stabile Werteordnung gebraucht. Wir alle seien aufgefordert für unsere Freiheit, unseren Frieden und für unsere Demokratie einzutreten. „Sie alle, die sich beim DRK tagtäglich für andere einsetzen, leben diese Werte; Sie leben Menschlichkeit, Hilfsbereitschaft, Unparteilichkeit, Neutralität, Unabhängigkeit, Freiwilligkeit, Einheit und Universalität“, so Staatssekretär Martin Jäger.

Jäger dankte für die unzähligen sozialen und sicherheitsrelevanten Aufgabenfelder des DRK. Er unterstrich auch das internationale Engagement.



Staatssekretär Martin Jäger bei seiner Ansprache



Zahlreiche Gäste waren in den Kleinen Kursaal nach Bad Cannstatt gekommen

Tagtäglich übernehmen die Helferinnen und Helfer an zahllosen Orten der Welt wichtigen Aufgaben. Damit stehe das DRK als Teil der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung als Inbegriff für Humanität und Solidarität auch im Ausland. „Sie verhüten und lindern menschliches Leiden, Sie schützen Leben und Gesundheit und Sie verschaffen der Menschenwürde Achtung, vor allem in Zeiten und an Orten bewaffneter Konflikte. Im wahrsten Sinne des Wortes unbezahlbar ist das, was Sie in Deutschland, aber auch weltweit leisten.“

Besserer Schutz von Einsatzkräften der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes und der Rettungsdienste vor gewalttätigen Übergriffen beschlossen

(ID) In unserem Infodienst Nr. 5 hatten wir bereits darüber berichtet, jetzt hat der Bundestag am 27. April 2017 das Gesetz zur Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften in 2./3. Lesung beschlossen.

Durch die Aufnahme des neuen Straftatbestandes § 114 StGB-E (-E = verabschiedeter Entwurf) werden tätliche Angriffe gegen Vollstreckungsbeamte schon bei der Vornahme allgemeiner Diensthandlungen gesondert unter Strafe gestellt. Darüber hinaus liegt künftig auch dann ein besonders schwerer Fall des Widerstandes vor, wenn ohne Verwendungsabsicht eine Waffe oder gefährliches Werkzeug bei sich geführt wird oder die Tat mit einem anderen Beteiligten gemeinschaftlich begangen wird.

Über die bereits im geltenden Recht vorhandene Verweisung kommen diese Änderungen auch den Einsatzkräf-

ten der Feuerwehren, des Katastrophenschutzes und der Rettungsdienste (§ 115 StGB-E) zu Gute.

Im Rahmen des Anhörungsverfahrens zum Gesetzentwurf ist eine weitere wichtige Neuregelung zur Behinderung von Rettungsleistungen hinzugekommen:

Zukünftig sind allgemeine Verhaltensweisen strafbar, durch die Rettungsmaßnahmen behindert werden, und zwar unabhängig davon, auf welche Weise die Behinderung geschieht und ob die hilfeleistende Person zu den Rettungskräften im Sinne des § 115 Absatz 3 StGB-E gehört. Da diese Vorschrift alle Personen schützt, die Hilfe

leisten oder Hilfe leisten wollen, soll sie systematisch nicht bei den Widerstandsdelikten in §§ 113 ff. StGB eingefügt werden. Sie ergänzt vielmehr die Strafvorschrift der unterlassenen Hilfeleistung (§ 323c StGB) und kann daher sowohl bei einem Blockieren von Notfallgassen auf der Autobahn als auch bei einer Beeinträchtigung der Tätigkeit von Ärzten oder Krankenhauspersonal in der Notaufnahme greifen. Wer also durch Gaffen an einer Unfallstelle oder Blockieren der Rettungsgasse auf der Autobahn die Versorgung von Verunglückten erschwert, kann künftig mit bis zu einem Jahr Haft bestraft werden.

Informative Seminartage im Gästehaus St. Florian am Titisee

(ID) Das Frühjahrsseminar des Innenministeriums für die Feuerwehrtechnischen Beamten und die Leiter der Feuerwehren in den Stadtkreisen sowie die Vorstandsmitglieder des Landesfeuerwehrverbandes bot den über 70 Teilnehmern am 6. und 7. April 2017 interessante Einblicke und aktuelle Erkenntnisse.

Landesbranddirektor Dr. Karsten Homrighausen hatte mit seinem Team des Referats 62 und den Bezirksbrandmeistern ein anspruchsvolles Programm zusammengestellt. Neben den Informationen zu allgemeinen Themen aus den Referaten der Abteilung 6 „Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement“ im Innenministerium konnten Referenten der Autorisierten Stelle für den Betrieb des Digitalfunks in Baden-Württemberg (ASDBW), vom TÜV-Süd und von der Unfallkasse Baden-Württemberg (UKBW) gewonnen werden. Auch der Leiter der Landesfeuerweherschule – Leitender Branddirektor Thomas Egelhaaf – nutzte die Gelegenheit, um über die allgemeine Situation und das Lehrgangs- und Seminarangebot zu berichten.

Im Mittelpunkt der Tagung standen in diesem Jahr Workshops zu aktuellen Themenfeldern. Die Fragestellungen und die in insgesamt vier Workshops erarbeiteten Antworten hierzu lauteten:

Machen landesweit definierte Fahrzeugtypen Sinn?

Die Antwort war klar und eindeutig: „Ja“. Die am Workshop Beteiligten, aber auch die übrigen Teilnehmer hal-

ten drei Typen von Löschfahrzeugen für ausreichend und sprachen sich ferner für Sammelbeschaffungen der einzelnen Fahrzeugtypen aus.

Was erwarten die Feuerwehren von ihren Leitstellen?

Erwartungsgemäß lieferte diese Arbeitsgruppe eine Vielzahl an Gedanken und Erwartungen. Hierbei wurde stets die hohe Bedeutung kompetenter und integrierter Leitstellen für die Gefahrenabwehr und Notfallrettung deutlich.

Wie können wir durchgängig und zielgruppengerecht informieren und kommunizieren?

Im Rahmen dieses Workshops wurde intensiv und stellenweise emotional bewegend diskutiert. Zielkonflikte wurden deutlich: Auf der einen Seite ist vor allem die elektronische Informationsflut zu kontrollieren und zu reduzieren; auf der anderen Seite müssen die für die Aufgabenerledigung unabdingbar wichtigen Informationen ihre Adressaten in den Kreisen und Gemeinden ziel- und zeitgerecht erreichen.

Belastung und Konflikte - überfordert, allein gelassen, zermahlen?

Dieses „weiche“ Thema stellte sich als äußerst diffizil heraus. Dennoch konnte als eine der wesentlichen Kernaussagen folgende These erarbeitet werden: „Die Freude an der ehrenamtlich geprägten Tätigkeit kann nur erhalten werden, wenn das Ehrenamt soweit wie möglich – auch durch hauptamtli-

che Unterstützung – insbesondere bei der Ressourcenverwaltung entlastet wird.“

Die weiteren konkreten Ergebnisse der vier Workshops sowie die Bewertung dieser Ergebnisse durch alle Teilnehmer des Seminars werden derzeit durch Referat 62 aufgearbeitet. Hierüber wird gesondert berichtet.

Bei der Präsentation dieser teilweise



Interessante Themen bot das Innenministerium den rund 70 Teilnehmern am Frühjahrsseminar am Titisee

umfangreichen Ergebnisse war eine Aufbruchsstimmung wahrzunehmen, die sich nicht zuletzt aus der interaktiven Seminargestaltung ergab. Allen Führungskräften wurde während des Seminars deutlich, dass an der Umsetzung der ausgearbeiteten Thesen und Zielvorstellungen die Führungskräfte und Verantwortungsträger auf allen Ebenen aktiv mitwirken und mitgestalten müssen.

Viele formulierte Leitsätze können als Wegweiser und Arbeitshilfe bei der täglichen Arbeit dienen. Frei nach dem Motto: **Die Zukunft beginnt sofort!**

Abrollbehälter Notfallstation ausgeliefert

(ID) Der erste Abrollbehälter Notfallstation für den Bevölkerungsschutz in Baden-Württemberg ist Ende April bei der Landesfeuerweherschule angeliefert worden.

Zur Vorbereitung und Durchführung des von der Landesfeuerweherschule konzipierten Lehrgangs 547 – Multiplikator für den Betrieb der Notfallstation – steht dieser Behälter jetzt der Seminarleitung sowie den Lehrgangsteilnehmern zur Verfügung, um die notwendige Expertise für die Zielgruppe zu gewährleisten und das vorhandene Fachwissen zu vertiefen. Die zweitägigen Seminare für Führungskräfte an der Landesfeuerweherschule dienen der überörtlichen Aus- und Fortbildung

der Einsatzkräfte und sind für den 22./23. Mai und 13./14. Juni 2017 terminiert. Im Anschluss an die Semi-



Standort des AB Notfallstation in der Übungshalle der Landesfeuerweherschule

nare wird der Behälter an seinen vorgesehenen dislozierten Standort in einem Regierungsbezirk verbracht.

Dankenswerterweise haben Vertreter der Freiwilligen Feuerwehr Überlingen die Endabnahme der ersten drei Behälter beim Hersteller begleitet, so dass sich zwei weitere Abrollbehälter in der 18. Kalenderwoche auf den Weg zu ihren Standorten bei den Feuerwehren in Blaustein und Überlingen machen konnten. Die noch ausstehenden acht Behälter werden nach Fertigstellung sukzessive an die von den Regierungspräsidien gemeldeten Standorte ausgeliefert.

Sicherheit in Hohlraum- und Tunnelbaustellen am Beispiel des Albabstiegstunnels

(ID) Baustellen für unterirdische Verkehrsanlagen stellen die Rettungskräfte zunehmend vor große Herausforderungen. Wie wichtig die Einsatz- und Sicherheitsplanung ist, damit Feuerwehr und Rettungsdienst im Einsatzfall als qualifizierte Ersthelfer reibungslos zusammenarbeiten können, wird am Beispiel des Albabstiegstunnels deutlich.

Die Zahl der Baustellen für unterirdische Verkehrsanlagen hat in den letzten zehn Jahren in Baden-Württemberg erheblich zugenommen. Für die Sicherheit und den Arbeitsschutz in der Bauphase hat das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration zusammen mit den zuständigen Ministerien für Verkehrsrecht und Arbeitsschutz schon 2014 Hinweise für Bauherren, Planer und Behörden gegeben (<https://www.lfs-bw.de/Fachthemen/RechtOrganisation/Seiten/richtlinienhinweise.aspx>).

Im Oktober 2016 wurden diese Hinweise um die gemeinsamen Empfehlungen zur Einrichtung von Rettungseinheiten erweitert (<https://www.lfs-bw.de/Fachthemen/RechtOrganisation/Seiten/richtlinienhinweise.aspx>). Diese empfehlen, wie die Beschäftigten im Tunnel als qualifizierte Ersthelfer vor Ort tätig werden können und wie die Zusammenarbeit mit der Feuerwehr und dem Rettungsdienst im Einsatzfall verlaufen kann.

Einen Einblick in diese Präventionsarbeit vermittelt der stellvertretende Kommandant der Feuerwehr Ulm, Reiner Schlumberger, während seiner Hospitation beim Referat 62 – Feuerwehrwesen – im Innenministerium. Am Beispiel des sechs Kilometer langen

Albabstiegstunnels der Eisenbahn-Neubaustrecke Ulm–Wendlingen werden nachfolgend Eckpunkte einer Ein-

Die während der Bauphase geforderten Rettungseinheiten wurden während der zwischenzeitlich abgeschlos-



Einfahrt eines Löschgruppenfahrzeugs in eine Tunnelröhre durch eine Wetterwand (Fotos: Feuerwehr Ulm)

satz- und Sicherheitsplanung dargestellt. Der Eisenbahntunnel beginnt bei Dornstadt und endet in der Nähe des Hauptbahnhofs Ulm.

senen Vortriebsphase durch Beschäftigte der ARGE Albabstieg gestellt. Zwischen Firmen, Aufsichtsbehörden und den zuständigen Feuerwehren wurde fortwährend der Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan abgestimmt und angepasst. Die Flucht- und Rettungspläne regeln die Selbst- und Fremdetung.

Die Feuerwehr Ulm hatte seit Anfang 2014 die Rettungseinheit bei der Ausbildung und bei Übungen unterstützt und dadurch selbst wertvolle Erfahrungen gesammelt. Die Rettungseinheiten (ca. 60 Mann) standen rund um die Uhr mit zwei Staffeln (jeweils fünf Einsatzkräfte) und einer Einsatzleitung im Nahbereich der Tunnel einsatzbereit. Sie wurden an der Ausbildungsstelle für das Grubenrettungswesen in Hohenpeissenberg (Bayern) und bei der Ruhrkohle AG in Saarlouis (Saarland) ausgebildet. Die Einweisung in feuerwehrtechnische Aufgaben übernahm die Feuerwehr Ulm.

An den sechs Vortriebsstellen standen jeweils Flucht- und Rettungscontainer für die Mineure im Brandfall als sicherer Rückzugsort bereit. Durch befahr-



Ein Feuerwehrtrupp steht in einer Tunnelröhre für die Brandbekämpfung bereit

bare Wetterwände in den Querschlägen (bauliche Verbindungen zwischen den Tunnelröhren im Abstand von 500 Metern) und teilweise in den Tunnelröhren selbst wurden die Rettungsweglängen begrenzt und sichere Bereiche geschaffen. Während der Bauphase wurde im Lehrer Tal zusätzlich ein 380 Meter langer Rettungstunnel vorgehalten, um insbesondere externen Einsatzkräften ein sicheres Vorgehen in die Tunnelbaustelle zu ermöglichen. Ende Februar 2017 begann nun der Innenschalenausbau. Die Gefährdungsanalyse für die Innenausbauphase ergab, dass ein Einschlusszenario für Arbeiter im Tunnel nahezu ausgeschlossen werden kann. Auf Grundlage des Anforderungsprofils für die Selbst- und Fremdrettung in Verbindung mit den baulichen Maßnahmen können die Aufgaben der Rettungseinheit von der Feuerwehr Ulm und der Freiwilligen Feuerwehr Dornstadt übernommen werden.

Die Tunnelröhren sind während der Ausbauphase über zwei Portale erreichbar. Im Abstand von 500 Metern können Personen über die Querschläge in einen sicheren Bereich der Nachbarröhre flüchten. Somit bestehen während des Innenausbaus für Flucht- und Rettungsmöglichkeiten die gleichen Bedingungen wie im späteren Betrieb. Am Portal Ulm stehen während der Ausbauphase befahrbare Wetterwände mit Großlüftern bereit; diese bewettern die beiden Röhren zielgerichtet je nach Erfordernis. Bei Brandeinsätzen mit Menschenrettung fahren jeweils zwei Löschgruppenfahrzeuge mit Staffelbesatzung (1/5) und weitere Sonderfahrzeuge die

Portale Ulm, Dornstadt und Lehrer Tal an. Die Einsatzleitung obliegt nach dem Feuerwehrgesetz der Feuerwehr; diese wird am Portal Lehrer Tal von Fachberatern und Lotsen der Baustellen-Beschäftigten unterstützt. Bis zur Fertigstellung des Projektes wird das Sicherheitskonzept immer wieder entsprechend dem Baufortschritt und den sich ergebenden Veränderungen angepasst.



Die Rettungseinheit mit Tunnelbauarbeitern auf dem Weg ins Freie

Lagezentrum der Landesregierung

(ID) Während einer Führungskräftefortbildung konnten Einheitsführer des Malteser Hilfsdienstes und deren Stellvertreter einen Blick in eines der modernsten Lagezentren Deutschland werfen.

Das Lagezentrum der Landesregierung im Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg ist eines der modernsten Lagezentren der Länder in Deutschland. Entsprechend hoch ist das Interesse der Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Ländern und des Bundes sich vor Ort zu informieren und Anregungen für eigene Planungen und bevorstehende Umbauten zu sammeln.

Zur Lagebewältigung im täglichen Dienst und bei besonderen Gefahrensituationen, oder wenn ein erhebliches Informationsaufkommen bzw. ein erhöhtes Ressourcenmanagement zu erwarten und zu verarbeiten ist, setzt das Innenministerium auf ein Drei-Säulen-Modell, das aus dem „24/7-Lagedienst“ des Landespolizeipräsidiums, dem Führungsstab des Landespolizeipräsidiums und dem Verwaltungsstab des Innenministeriums besteht und lage- und bedarfsabhängig aufwächst. Ergänzt wird dies durch den situativen Aufruf des Interministeriellen Verwaltungsstabs, wenn die Anforderlichkeit besteht, dass schnell und unbürokratisch Entscheidungen

über mehrere Ministerien hinweg zur Lagebewältigung herbeigeführt werden müssen. Zudem werden im Lagezentrum Informationen gesammelt und beurteilt, die einzelfallabhängig neben dem Staatsministerium auch den Ressorts der Landesregierung zur Verfügung gestellt werden. In enger Kooperation wird im Innenministerium somit bereichsübergreifend „Gefahrenabwehr auf einer Ebene“ gelebt. Somit steht das Lagezentrum der Landesregierung allen beteiligten Stellen – rund um die Uhr – als zentraler Partner im Ereignisfall zur Verfügung.

Kürzlich konnte Hans Springer vom

Referat 64 – Katastrophenschutz – im Rahmen einer Führungskräftefortbildung Einheitsführer und deren Stellvertreter des Malteser Hilfsdienstes aus der Erzdiözese Freiburg unter der Leitung des Katastrophenschutzreferenten der Malteser und Fachberaters im Verwaltungsstab, Christoph Klausmann, im Lagezentrum begrüßen.

Die Teilnehmer zeigten sich beeindruckt von den Möglichkeiten des Lagezentrums und bedankten sich für die interessanten Einblicke in diesen zentralen Baustein des Bevölkerungsschutzes im Land.



Die Einheitsführer und deren Stellvertreter des Malteser Hilfsdienstes waren beeindruckt von den Möglichkeiten im Lagezentrum der Landesregierung

Bilder des Landesempfangs für Helferinnen und Helfer im Bevölkerungsschutz

